

SPD Sozialdemokratischer PRESSEDIENST

Verlag und Redaktion:
Hannover, Georgstr. 33

spd/III/51

Hannover, 30. April 1948

Das neue Firmenschild

(Von besonderer Seite)

Die Sozialdemokratie wünscht eine einwandfreie rechtliche Behandlung der Kommunisten und ihrer Aktionen. Der Maßstab dafür ist die Ehrlichkeit und die Wahrhaftigkeit, die diese Partei in ihren Handlungen zeigt.

Schon bei dem kommunistischen Rummel für den deutschen Volk-kongress in den Westzonen hat man feststellen müssen, daß die westlichen Okkupationsmächte diese eminent politische Frage zuerst dilatorisch mit den Methoden des Besatzungspolizeirechts behandeln wollten. Eine politische Frage kann nur politisch beantwortet werden.

Wenn jetzt die Kommunisten in den Westzonen sich in "Sozialistische Volkspartei" umbenennen wollen, dann machen sie nicht nur von einer Freiheit Gebrauch, den eigenen Namen nach Bedarf zu formulieren, sondern diese Umbenennung ist auch eine politische Lüge. Die Kommunistische Partei ist als Instrument der Entdeutschung und der Russifizierung in den Augen des deutschen Volkes bloßgestellt. Wenn dieselbe Partei dieselbe Politik unter einer anderen Firma machen will, dann ist das ein Versuch, das deutsche Volk zu belügen und die painlichen Spuren zu verwischen. Jetzt die Kommunisten unter einem neuen Namen die alte Politik und die alten Methoden anwenden zu lassen, heißt, ihnen politische Hilfestellung für ihren Betrug am deutschen Volk zu geben.

Die Kommunisten werden ihre abgrundtiefe Verlogenheit und Frechheit solange ausüben, als man ihnen gestattet, diese Eigenschaften zu entwickeln. Es bedeutet aber, ihnen Unterstützung geben, wenn man ihnen ermöglichen würde, ihre eigentlichen Ziele zu vernebeln und andere Werte, die größere Geltung im Volk haben, in den Vordergrund zu schieben. Sie sollen das Recht haben, zu sagen, wer sie wirklich sind und was sie wirklich wollen. Aber man braucht sie nicht mit den Prinzipien der Monopolisten für Betrug und Irreführung auszustatten.

Das Volksbegehren "für Einheit und gerechten Frieden" kann offiziell von den westlichen Besatzungsmächten nicht zu gelassen werden. In Ostdeutschland gibt es ja auch nicht die Möglichkeit, für die demokratische Auffassung von Einheit und gerechten Frieden zu arbeiten.

Aber genau so falsch wäre es, wenn man den Kommunisten gestatten würde, ihren Vorstoß gewissermaßen als private Aktion zu führen und als Partei oder als getarnter Zweckverband Unterschriften zu sammeln. Damit käme ein Moment der Unruhe und der Unehrlichkeit und der Privilegierung der Antidemokraten durch die Demokraten zustande, das sich verhängnisvoll auswirken müßte. Mit den Methoden, die die Kommunisten bei solchen Unternehmungen anwenden, würde die Erreichung ihrer Ziele des Durcheinanders, der Störung und der Sabotage weitgehend erleichtert werden.

Außerdem sind all diese Maßnahmen für Erlangung von Unterschriften und ähnliches für die Kommunisten stets eine Quelle des Schwindels gewesen. Wer will nachher verhindern, daß sie erklären, eine ungeheure Anzahl von Unterschriften erreicht zu haben? Sie werden diese Unterschriften zwar nicht bekommen, aber sie werden sie feil säuberlich vorweisen als eine Partei, deren politische Spezialitäten die Lüge und der Betrug sind. Die Zulassung des kommunistischen Volksbegehrens auch auf diesen privaten Wege wirkt sich politisch als Begünstigung der Feinde der Demokratie aus.

Man soll nicht mit dem Einwand kommen, daß die Gegner der Kommunisten ja ihrerseits in Konkurrenzaktionen eintreten könnten. Warum sollen die demokratischen Parteien im Westen konkurrieren, wenn sie im Osten zum Verstummen verdammt sind? Die gleiche Chance ist die Voraussetzung der Demokratie. Den Kommunisten aber in solch einem kardinalen Punkte im Westen eine Chance zu geben, die die anderen im Osten nicht haben, bedeutet den Rückzug der Demokratie vor dem Totalitarismus.

Auch in Österreich ...

sp. Der "Bundesverband der politisch Verfolgten" Österreich ist durch das österreichische Innenministerium aufgelöst worden, nachdem infolge kommunistischer Machenschaften die Sozialistische Partei und die Österreichische Volkspartei ihre Vertreter aus dieser Dachorganisation zurückgezogen hatten und dadurch der Verband nicht mehr den gesetzlichen Bestimmungen entsprach. Die Kommunisten versuchen nun, den von ihnen ins Leben gerufenen "Österreichischen KZ-Verband" als Rechtsnachfolger der bisherigen Gesamtorganisation darzustellen. Gegen diese juristisch und politisch nicht begründeten Versuche wenden sich die Sozialisten und die Volkspartei, die beide eigene Organisationen geschaffen haben. (m/2/304/2/hs)

Das faschistische Gegenstück

sp. Ungefähr zur gleichen Zeit, da die westdeutschen Kommunisten das Betrugsmanöver mit der Umbenennung in "Sozialistische Volkspartei Deutschlands" inszenierten, erfolgte in London die Gründung einer "Gesellschaft der Feinde der Sowjetunion". Hinter diesem Firmentitel verbirgt sich niemand anders als die neuerwachte faschistische Bewegung in England und Südafrika, denn die Gründer der Gesellschaft sind Sir Oswald Mosley und jener Oswald Pirow, der den faschistischen Flügel der Nationalisten Partei in Südafrika führt. (m/B65/374/2/he)

Schweden rüstet auf

=====

K.K. Stockholm, Ende April. - Die schwedische Regierung ist sich darüber im klaren, dass unentwegte Neutralitätsversicherungen nicht dazu beitragen, das Land vor militärischen Überraschungen oder der Einbeziehung in einen kriegerischen Konflikt zu bewahren. Man ist vielmehr der richtigen Ansicht, dass die Betonung unentwegter Neutralität von einem eventuellen Angreifer als Einladung gedeutet werden könnte. Man ist zwar nicht bereit, den wehrhaften Block des Westens zu verstärken, dem man geistig, politisch und ökonomisch zugehört, wohl aber trifft man alle Massnahmen, die geeignet sind, die Wehrfähigkeit des Landes zu erhöhen. Schweden rüstet auf.

Der Verteidigungsminister hat dieser Tage vom Reichstag neue Mittel für den Ausbau der Verteidigung begehrt. Er erklärte, die Militärpolitik Schwedens folge der von der Regierung ausgesteckten Neutralitätslinie. Ihr liege die Erwägung zugrunde, dass im Falle eines Grossmächtekonfliktes ein kleines Land mit nicht allzu grosser strategischer Bedeutung die Möglichkeit hat, sich der Auseinandersetzung fernzuhalten, wenn seine selbständige Politik von einer relativ starken und selbständigen Wehrbereitschaft unterstützt werde. Der Verteidigungsminister berief sich dabei auf die Erklärung Aussenministers Undén, derzufolge die Mehrheit des schwedischen Volkes keinen Anschluss an einen Block wünsche.

Die schwedische Verteidigung wird in Zukunft über eine noch stärkere Luftwaffe verfügen. Die neuesten Flugzeugtypen werden in grösstmöglicher Anzahl der Luftwaffe angegliedert werden und Schweden wird seine erste Nachjäger-Flottille erhalten. Die Armee wird mit den modernsten Landwaffen ausgerüstet, die Marine verstärkt werden. Eine der wichtigsten militärischen Massnahmen besteht in einer Dezentralisierung des Mobilisierungsapparates, die es ermöglichen soll, diesen Sektor weniger verwundbar zu machen. Bei der Ausdehnung des Landes und den technischen Mitteln, die ein zu allen entschlossener Angreifer zur Verfügung hat, ist diese Dezentralisierung eine absolute Notwendigkeit.

Noch interessanter als die Begründung, die der schwedische Aussenminister der Militärpolitik des Landes unterlegt, sind die Gesichtspunkte, die der Verteidigungsminister Vougt dieser Tage zur Beleuchtung der strategischen Situation Skandinaviens äusserte. Die Rede des Verteidigungsministers hatte insofern einen pessimistischen Grundton, als sie erkennen liess, er rechne mit einem kriegerischen Konflikt der Grossmachtgruppen. Er meinte jedoch, für Feldherren, welche die ganze Erde zur Disposition haben, müssten sich Länder wie die skandinavischen als allzu klein ausnehmen. Skandinavien sei kein einladender Kriegsschauplatz. Skandinavien als Startbahn für einen Angriff gegen Russland habe den grossen Nachteil, dass es vom Osten aus zu leicht zugänglich ist. Es sei auch schwer zu denken, dass die Russen einen Angriff unternehmen würden, um einem militärischen Manöver der Westmächte zuvorzukommen - einem Manöver, das auch vom russischen Standpunkt aus

unerklärlich wäre. Es sei vielmehr wahrscheinlich, dass Skandinavien und insbesondere Schweden bei einem neuen Krieg eine lange Periode bewaffneter Neutralität durchlaufen müsste.

Es ist klar, dass diese Gesichtspunkte heftiger Kritik begegnen. Sie sind vor allem nicht allskandinavisch. Der dänische Verteidigungsminister hat zum Beispiel keine Ursache, den gleichen Optimismus zu äussern wie der schwedische. Auch sind für einen Angreifer militärische Vernunftgründe nicht allein ausschlaggebend. Eine rasche militärische Okkupation Dänemarks vom Osten her, die im Bereiche der Möglichkeit liegt, wäre eine tödliche Gefahr für Schweden. Eine Koordination der skandinavischen Aussen- und Militärpolitik, wenn auch vom Osten mit sehr scheelen Augen betrachtet, gäbe weitaus mehr Anlass zu optimistischer Betrachtung als die Überlegungen, die der Erklärung des schwedischen Verteidigungsministers zugrundeliegen. (b/439a/284/1/he)

Viel geschmähte Parlamente

Man wird kaum einen Engländer finden, der sich über das Unterhaus lustig macht, selten aber wird man einen Deutschen treffen, der sein Parlament nicht bewitzelt oder mit Ausdrücken abfälligen Spottes bedenkt. Manchmal stimmt es einen Deutschen nachdenklich, oft ist er auch verblüfft, dass einem Angelsachsen der Parlamentarismus so selbstverständlich wie die Einrichtung der öffentlichen Eisenbahnen ist, der er sich bedienen kann, sobald eine Notwendigkeit dazu besteht. Der Engländer bedient sich seines Parlaments oft und gern - 95 von 100 Deutschen wissen nicht, dass sie das ebenfalls tun sollten.

Beide Seiten, Volk wie Parlament, stehen sich in Deutschland in einer schiefen und verkrämpften Haltung gegenüber. Das ist merkwürdig, denn ein Parlament, ob es sich nun um die Vertretung eines Landes, eines Kreises oder einer Gemeinde handelt, ist schliesslich aus dem Volk gewählt, ist ein Teil von ihm. Dieses Volk aber interessiert sich für seine Vertretung oft in einem Sinne, den die Abgeordneten selten wahrhaben wollen: es erwartet von seiner gewählten Vertretung vor allem handgreifliche Dinge, Nahrung, Wohnung und Kleidung, und es ist empört, wenn es damit nichts wird. Es vergisst nur zu leicht, dass Parteien und Parlamente Organisationsformen der Demokratie und keine Exekutivorgane sind. Nach der Meinung eines grossen Teiles der Bevölkerung bestehen die Taten der Abgeordneten im wesentlichen in Deklamationen, die nach einer theaterkundigen Regie auf der Bühne des Parlamentes in Szene gehen.

Es muss zugegeben werden, dass die meisten unserer gewählten Volksvertreter noch unerfahren sind und viele von den alten auch vor 1933 keine Musterparlamentarier waren. Es wird sehr viel und vor allem zu lange geredet. Der heilige Biereifer des Deutschen, bei allen Gelegenheiten und zu allen Fragen grundsätzlich Stellung zu nehmen, findet hier seine höchste Erfüllung. Man spricht eine Stunde und länger über eine drittrangige Angelegenheit, die in einem Ausschuss erledigt werden könnte, man beleuchtet das "Problem" moralisch, religiös, weltanschaulich, aber nur mit einem Satz wird die sachliche Zweckmässigkeit eines

Vorschlag begründet. Der betrübliche Irrtum so mancher Abgeordneter besteht in dem Glauben an die Macht seiner Rede.

Doch es bedarf auch auf Seiten des Volkes mancher Korrektur. Dieselben Deutschen, die es in überfüllten Eisenbahnzügen und an abendlichen Bierischen soviel besser machen, versagen z.B. bereits in ihrem Kegelklub, oder im Geselligkeitsverein. Auch ihre Reden werden zur Rederei, wenn es sich um die Neuwahl eines Kassierers oder um die Änderung der Satzung handelt, auch sie nehmen dann "grundsätzlich" Stellung!

Bei aller berechtigten Kritik, die heute so üppig gegen den deutschen Parlamentarismus ins Kraut schießt, wird immer wieder vergessen, dass England bereits im 13. Jahrhundert so etwas wie ein Parlament hatte, und unsere Abgeordneten sechs Jahrhunderte nachholen müssen. Die Existenz eines frei gewählten Parlamentes ist nun einmal die Voraussetzung für die politische Freiheit schlechthin. Ironisiert man die Parlamente, ohne positive Abhilfe vorzuschlagen, so schadet man dem Begriff eben der Freiheit, die sie verkörpern. Aber vielleicht ist solche Kritik oft nur Ausdruck einer gewissen Wichtigtuerei. Die letzten, unerwartet hohen Wahlbeteiligungsziffern in Bayern und Hessen waren erfreuliche Zeichen politischer Einsicht. -at.

(m/88/294/2/he)

Die Schwierigkeiten Schleswig-Holsteins

K.K. Kiel, Ende April

Die Lage Schleswig-Holsteins ist noch immer dadurch gekennzeichnet, dass die Bevölkerung von 1,4 auf 2,6 Millionen durch die Flüchtlingswanderung gestiegen ist. Die Flüchtlinge sind aber in der Mehrzahl arbeitsunfähige Frauen und Kinder. Auf drei Arbeitende entfällt ein Unterstützungsempfänger. Im März 1948 waren 970.606 Personen in einem Arbeitsverhältnis beschäftigt, davon 645.000 Männer und 325.000 Frauen. Im Lande leben über 30.000 Schwerbeschädigte und Kriegswaisen.

Aus Wohlfahrtsmitteln wurden 1946 noch 560.000 Personen unterstützt. Durch planvolle sozialdemokratische Arbeitsmarktpolitik konnte diese Zahl bis zum März 1948 auf 287.000 Unterstützungsempfänger gesenkt werden. Dabei sind aber die Fürsorgeleistungen pro Kopf der hilfebedürftigen Unterstützten von monatlich 22,- RM. auf 28,90 RM. erhöht worden. Zur Zeit beträgt die Fürsorgebelastung auf den Kopf der Bevölkerung monatlich 10,14 RM. Während in Friedenszeiten in Schleswig-Holstein 8 Mill. RM. für Wohlfahrtsausgaben im Haushaltsplan vorgesehen waren, ist der Sozialetat jetzt der bei weitem höchste gegenüber allen anderen Haushaltsposten und für 1948 mit 181,4 Mill. veranschlagt.

Nicht nur ein Flüchtlingsausgleich durch An- und Umsiedlung, sondern auch ein Lastenausgleich wird in Anbetracht dieser Tatsachen aufzuechtbar. Besonders ein steuerpolitischer Ausgleich liegt hier

30. April 1948

im gesamtdeutschen Interesse, wenn im Zusammenhang mit Wirtschaftsaufbau, Währungs- und Steuerreform an eine sinnvolle Neuordnung gegangen wird. Denn eine vergleichende Übersicht über das Steueraufkommen in der Bizone demonstriert das Missverhältnis von Bevölkerungszahl und Steueraufkommen für Schleswig-Holstein in erschreckender Weise: Von insgesamt 10.856,8 Mill. RM. Gesamtaufkommen in der Bizone an Reichsteuern bringt Schleswig-Holstein nur 519,7 Mill. auf, das sind je Einwohner und Jahr 201,83 RM. Damit trägt das kleinste Land mit der grössten Überbevölkerung die grössten Soziallasten bei geringstem Steuereinkommen. Bei einem Bizonendurchschnitt von 280,41 RM. betrug das Steueraufkommen pro Einwohner im Rechnungsjahr 1946 in Niedersachsen 216,11 RM., in Nordrhein-Westfalen 258,69 RM. in Hamburg 868,35, in Bayern 246,73 RM., in Hessen 255,48 RM., in Württemberg-Baden 357,99 RM., in Bremen 564,83 RM. (b/B48/284/2/he)

 Gestern "Schwarzes Korps" - morgen "Ny Dag"

sp. Die kommunistische Zeitung "Ny Dag" wird in Berlin eine Rotationsmaschine und vier Schnellpressen zu Werte von 23.000 Kronen kaufen. Es handelt sich um Maschinen, die früher "Das Schwarze Korps" hergestellt haben. Der eigentliche Wert beläuft sich auf mehrere hunderttausend Kronen. Allein die Rotationsmaschine wird auf 250.000 Kr. geschätzt. In politischen Kreisen Stockholms betrachtet man dieses "Geschäft" als eine russische Hilfe für die kommunistische Propaganda in Schweden. (Bl/304/2/he)

 Zerfallstendenzen in der KP Norwegens

sp. Die diesjährige 1. Mai-Demonstration wird in Oslo - wie in Stockholm und Wien - gemeinsam von den Gewerkschaften und der Sozialdemokratie durchgeführt. Die Kommunisten haben sich selbst ausgeschaltet. In Oslo beschloss das gewerkschaftliche Ortskartell mit grosser Mehrheit folgende Parolen für den Weltfeiertag der Arbeit: "Für Frieden, Freiheit und Demokratie - gegen Diktatur, Gleichschaltung und 'Volksdemokratie'". Es wurde auch beschlossen, dass weder Hammer und Sichel noch andere Symbole ausländischer Mächte im Demonstrationzug mitgeführt werden dürfen.

Auf den soeben abgeschlossenen Jahreskonferenzen der Gewerkschafts-Bezirkssausschüsse sind die Kommunisten auf der ganzen Linie aus den Vorständen herausgewählt worden. - Die Auflage des kommunistischen Organs in Oslo, die kurz nach Kriegsende 100.000 betrug, ist auf 27.000 zurückgegangen. Zahlreiche Kommunisten, darunter auch bekannte Funktionäre, haben der Partei den Rücken gekehrt. In Risør an der Südküste ist die Ortsgruppe geschlossen aus der KP ausgetreten. An verschiedenen Orten haben auch Stadtverordnete den Bruch mit der Kominformpolitik vollzogen. (m/Bl/304/2/he)

 Verantwortlich: Peter Raunau